

Hohe Ansprüche sind finanziell ein Bumerang

VERTEUERT / Büsserach will die neue Turnhalle «Bumerang». Gestiegene Anforderungen verteuern das Projekt um eine Million.

BÜSSERACH. Nach rund zweieinhalb Jahren Projektierung wird der Souverän in Büsserach am kommenden Montag über die Realisierung der Turnhalle «Bumerang» abstimmen. «Die Kostenermittlungen sind abgeschlossen. Jetzt liegen definitive Zahlen und Fakten auf dem Tisch», erklärt Gemeindeammann Werner Hartung. Der Gemeinderat und die Arbeitsgruppe beantragen deshalb der Gemeindeversammlung, den Baukredit von 4,3 Millionen Franken zu bewilligen. Er umfasst die neue Turnhalle, den Ersatz der Ölheizung durch eine Gasheizung und einen Umbau im Bereich des Foyers des bestehenden Konzertsaals.

37 Prozent teurer als ursprünglich budgetiert

«Die Kosten sind um einiges höher ausgefallen als am Anfang angenommen», räumt Hartung ein. Nach dem Budget waren ursprünglich 3,4 Millionen Franken als Kostendach vorgesehen gewesen. Die Baukosten fallen also um 37 Prozent höher aus als im Budget angegeben. Grund für die höheren Kosten sind die sehr knappen Vorgabewerte, rechtfertigt Hartung die beträchtliche Differenz von knapp einer Million Franken. Verschiedene Interessengruppen und künftige Nutzer der Halle hätten auch höhere Anforderungen gestellt, führt Hartung weiter aus. Das habe beim Gesamtprojekt zu Optimierungen und Nutzungserweiterungen geführt, was die Kosten beeinflusst habe.

Zudem haben sich der Gemeinderat und die Arbeitsgruppe auch für ein paar bautechnische Qualitätsverbesserungen am Projekt entschieden. Der Gemeindepräsident zeigt sich überzeugt, dass sich die Investition trotz der höheren Kosten langfristig lohnen wird. Er argumentiert: «Mit dem ausgereiften Projekt «Bumerang» wird die Schulanlage gleichzeitig zu einem Sport- und Kulturzentrum für die ganze Bevölkerung.»

Dieser Punkt könnte nun in Büsserach erneut Kritiker auf den Plan rufen. Einer von ihnen heisst Ulrich Bähler. Nach wie vor hält er das Bauvorhaben für eine Luxusinvestition. Ob er an der Gemeindeversammlung dagegen opponieren wird, lässt Bähler offen. Doch Hartung rechnet ohnehin mit kontroversen Voten zum Kreditbegehren. Er hat sich auf mögliche Einwände vorbereitet. «Die Bevölkerung wird am Schluss über die Vorlage entscheiden. Dies gehört für mich zu einer richtigen Demokratie», sagt der Gemeindeammann gelassen. (fha)

Solothurner für rauchfreie Zonen

SOLOTHURN. Die Solothurnerinnen und Solothurner mögen es mehrheitlich rauchfrei. In einer repräsentativen Umfrage haben 54 Prozent ein Gesetz befürwortet, das die Restaurants verpflichtet, rauchfreie Räume anzubieten. Bei den Wirten waren keine Mehrheiten zu gewinnen. Hier äusserten sich nur 35 Prozent positiv zu einer solchen Regelung. Die Umfrage wurde von der Fachhochschule Nordwestschweiz im Auftrag der Lungenliga Solothurn durchgeführt.

In den Solothurner Gaststätten fehlen mehrheitlich rauchfreie Räume, teilte die Lungenliga gestern mit. Sechs von zehn Befragten fühlten sich persönlich vom blauen Dunst im Restaurant gestört. Gar neun von zehn Personen wünschten sich rauchfreie Räume, egal ob sie selbst rauchten oder nicht. Eine Mehrheit von 54 Prozent möchte diesen Wunsch per Gesetz durchsetzen. Das Ergebnis sei weitgehend unabhängig von Alter und Geschlecht der Befragten zustande gekommen. (sda)

Kleinlützel wollen selber wählen

WEITER UNEINIG / Die Mehrheit der Kleinlützel Katholiken will selber über eine Weiterbeschäftigung von Pfarrer Sabo bestimmen. Laut Kirchenratspräsident Vinzenz Grossheutschi ist dies nicht möglich.

VON HANS-MARTIN JERMANN

KLEINLÜTZEL. Ein eisiger Wind wehte Vinzenz Grossheutschi an der ersten von ihm geleiteten Kirchgemeindeversammlung entgegen. Der bischofstreue Kirchgemeindepräsident war in keiner beneidenswerten Position. Trotzdem verteidigte sich der schwächliche Rentner vor den 124 Stimmberechtigten wacker: «Wir haben nicht das Recht, einen Pfarrer ohne «Missio» zu beschäftigen. Auch eine Annahme der Motion ändert nichts daran», betonte er.

Die von drei Kleinlützel Katholiken eingereichte Motion verlangt eine Änderung der Kirchgemeindeordnung. Gemäss bisheriger Regelung durften in Kleinlützel nur solche Priester angestellt werden, die den Segen des Bistums («Missio») haben. Gemäss Motion soll dieser Passus nur noch für Priester mit Vollzeitpensum gelten. Demnach könnte Franz Sabo, der in Kleinlützel aushilfsweise Messen hielt, wieder beschäftigt werden. Dieser Einschätzung widersprach Grossheutschi: Die Kirchgemeinde sei befugt, jenen Priester anzustellen, den sie wolle. Allerdings könne dies niemals ohne bischöflichen Auftrag geschehen.

«Wir können überhaupt nicht mehr mitreden»

Unterstützung erhielt Grossheutschi von seinem Vorgänger Thomas Gunti: Es sei ein Fehler gewesen, im Oktober den Souverän über die Weiterbeschäftigung Sabos abstimmen zu lassen, sagte der abgetretene Kirchenratspräsident. «Begehen wir keinen zweiten.» Bei der Mehrheit stiess Gunti auf Unverständnis. «Ich habe das Gefühl, wir können überhaupt nicht mehr mitreden», brachte ein Votant die Stimmung auf den Punkt.

Überhaupt herrschte grosse Uneinigkeit darüber, über welche Kompetenzen die Kirchgemeinde verfügt. Grossheutschi vermochte die Anwesenden mit seiner Präsentation des «dualen Systems», das die demokratisch organisierte Kirchgemeinde der hierarchisch organisierten Pfarrei unterordnet, nicht zu überzeugen. Niemand sprach aus, was viele dachten: Die Nachbargemeinde Röschenz beschäftigt einen Pfarrer ohne «Missio» – warum soll das nicht auch in Kleinlützel möglich sein? Vor diesem Hintergrund wollte Motionär René Brunner sein Anliegen nicht mehr ausführlich

begründen: «Uns kann der Bischof nicht vorschreiben, welchen Pfarrer wir haben», sagte er nur. «Wir sind römisch-katholisch», entgegnete Grossheutschi unter höhnischem Gelächter.

Thomas Gunti plädierte angesichts der Zerstrittenheit in der Kirchgemeinde für einen «dritten Weg»: «Weder mit Pfarrer Sabo noch mit Bischof Koch werden wir unser Ziel einer toleranten und offenen Kirche erreichen.» Gunti forderte deshalb eine Kommission, die alternative Möglichkeiten für die Zukunft der Kirchgemeinde ausarbeitet. Was Gunti damit genau meinte, blieb unklar.

Ebenso ungewiss ist, wie es nun in Kleinlützel weitergeht. Die Versammlung sprach sich zwar mit 80 gegen 28 Stimmen bei etlichen Enthaltungen deutlich für die Erheblicherklärung der Motion aus. Diese wird nun dem Regierungsrat zur Prüfung und dem Bistum zur Kenntnisnahme vorgelegt. Erst an einer der nächsten Kirchenversammlungen kommt das Begehren wieder zur Sprache. Jene Kleinlützler, die den streitbaren Röschenzer Pfarrer gerne wieder in ihrer Kirche sehen würden, müssen sich also gedulden.



AUF VERLORENEM POSTEN. «Einen Pfarrer ohne «Missio» können wir nicht beschäftigen», sagte Vinzenz Grossheutschi. Doch damit stiess der Kirchgemeindepräsident beim Souverän auf taube Ohren. FOTO NARS



KOMMENTAR

Das Volk ist die Kirche

HANS-MARTIN JERMANN

Erstaunlich selten ist der Name Franz Sabo in Kleinlützel gefallen. Begriffe wie Mitsprache, Recht und Demokratie standen im Zentrum der emotionalen Diskussion. Dies unterstreicht: In Kleinlützel und in Röschenz geht es um weit mehr als um Sabo – der dissidente Pfarrer hat «nur» den Stein ins Rollen gebracht. Die Basis will selber bestimmen, wer in ihrer Kirche Messen hält. Das steht aber in fundamentalem Widerspruch zu den hierarchischen Strukturen in der römisch-katholischen Kirche. Auch mit einer Änderung der Kirchgemeindeordnung sei die Wiederbeschäftigung Sabos unmöglich, betont

Vinzenz Grossheutschi. Das entspricht dem Selbstverständnis einer Kirche, in welcher Demokratie nicht vorgesehen ist. Der bischofstreue Kirchenratspräsident kann nicht anders, als dieser Logik zu folgen. Doch auch die meisten Kleinlützel Katholiken können nicht anders: Sie verstehen sich als Angehörige einer Gesellschaft, die auf den Werten der Gleichheit und Mitsprache basiert. Sehen wir es nüchtern: Die Kirchenobrigkeit kann sich der Auseinandersetzung um ihre Stellung in einer demokratischen Gesellschaft nicht mehr entziehen. Versteht sie ihre «Schäfchen» nicht als mündige Bürger, laufen ihr diese davon.

Das Gefährliche ist die Spannung im Baum

RISKANT / Waldarbeit ist laut Statistik gefährlich. Am meisten Unfälle geschehen beim Fällen von Bäumen, wenn Äste oder Kronenteile herunterfallen oder das Ende des Stammes zurückfedert. Eine gute Ausbildung ist deshalb wichtig.

DORNECK/THIERSTEIN. Im April hat sich bei Waldarbeiten oberhalb von Kleinlützel ein tödlicher Unfall ereignet. Der betroffene Mann war für diese Arbeiten aus- und weiterge-



GESCHÜTZT. Die richtige Ausrüstung ist wichtig: Schnittschutzhose, Helm, Handschuhe und so weiter. FOTO SUVA/ZVG

bildet. Er war sich der Gefahren der Waldarbeit bewusst, und es arbeiteten mehrere Personen im Holzschlag. Wie konnte es trotzdem zu diesem fatalen Unfall kommen? «Jeder Baum hat seine Eigenheit, und jede Fallsituation muss neu beurteilt werden», sagt Gerhard Walser, Revierförster Laufental-Thierstein West, wo das Unglück passierte. Vor allem die Spannungen im liegenden Holz könne man auch bei der besten Beobachtung nicht sehen. «Meistens lösen sich die Spannungen beim Fällen, aber nicht immer. Wann sie sich dann lösen, ist es ein Stück weit Zufall.»

Nur in Schlachthöfen ist die Arbeit gefährlicher als im Wald. Statistisch gesehen werden pro Jahr auf 1000 Vollzeitbeschäftigte in der Forstbranche über 300 Unfälle bei der Suva gemeldet. Ein Drittel geschehen beim Fällen, ein Viertel beim Entasten. Dabei ist nicht etwa das Hantieren mit der Motorsäge am gefährlichsten. Die Arbeiter können von einem schleudern Ast getroffen werden, oder der Stamm federt beim Aufprall auf den Boden zurück (40 Prozent der Unfälle beim Fällen).

In der Schweiz sterben jährlich bei Holzerunfällen zwischen fünf und zehn Personen. Im Jahr 2006 sind bereits sechs Personen umgekommen.

Vier davon waren nicht von einem Forstdienst angestellt oder beruflich im Wald tätig, sondern Privatpersonen. Gerade bei dieser Gruppe ist es schwierig, sie mit Weiterbildungsangeboten zu erreichen. «Ich mache Private auf das Angebot aufmerksam, kann ihnen aber nichts vorschreiben», sagt Gerhard Walser.

Martin Roth, Kreisförster im Forstkreis Dorneck/Thierstein, ergänzt: «Das Weiterbildungs-Angebot für Private besteht. Es wird aber nicht sonderlich gut genutzt.» In seinem Forstkreis ist rund ein Viertel des Waldes in Privatbesitz. Wie viele Nicht-Profis in ihren eigenen Waldungen arbeiten – darüber gibt es keine Zahlen.

Für Othmar Wettmann, Bereichsleiter Forst bei der Schweizerischen

Unfallversicherungsanstalt (Suva), ist Waldarbeit Facharbeit. Besondere Fachkenntnisse sind überlebenswichtig, sagt Wettmann. Die Auswertung vieler Unfälle zeige, dass oft bestehende Sicherheitsmassnahmen missachtet worden seien.

Für das Fällen von Bäumen seien drei Punkte hervorzuheben, sagt Wettmann. Erstens müsse die richtige Ausrüstung vorhanden und in einwandfreiem Zustand sein. Zweitens seien Organisation und Vorgehen bei der Arbeit wichtig. Zentral sei dabei, nicht alleine im Wald zu arbeiten. Und drittens müsse man sich ehrlich mit der Frage auseinandersetzen: «Bin ich überhaupt fähig, einen Baum zu fällen? Oder lasse ich die Arbeit nicht besser von einem Profi ausführen?» (mic)

Grosse Zahl von Tipps und Kursen

Die Forstdienste und Waldeigentümer sind als Arbeitgeber für die Weiterbildung ihrer Angestellten zuständig. Für Privatwaldbesitzer startete dieses Jahr eine Sicherheitskampagne (im Internet unter www.holzerkurse.ch). Kurse bieten auch das Solothurner Kantonsforstamt und Waldwirtschaft Schweiz an.

Weiter gibt es die Suva-Broschüren «Unfallgefahren und Sicherheitsregeln beim Fällen von Bäumen» (Nr. 44011) und «Profi im eigenen Wald» (Nr. 44069). Die Blätter gibts gratis bei der Suva, im Internet oder unter Tel. 041 419 58 51. Siehe auch www.kantonsforstamt.so.ch, www.wvs.ch und www.suva.ch/forst. (mic)